Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)

Verlag
A. Herter. Industriehalle
Riesbach-Zürich

Postsendungen
franco gegen franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Internationales Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge

Abonnements
werden nur beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrspreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Mk. 3.— für Deutschland (Couvert)
fl. 1. 70 für Oesterreich (Couvert)
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserate
Die dreigespaltene Petitzeile
25 Cts. = 20 Pfg.

№ 4. Sonntag, 26. Oktober. **1879.**

Avis an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat".

Da der „Sozialdemokrat" sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, dem verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr nothwendig und darf keine Vorsichtsmaßregel versäumt werden, die Briefmarder über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Haupterforderniß ist hiezu einerseits, daß unsere Freunde so selten als möglich an den „Sozialdemokrat", resp. dessen Verlag selbst adressiren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgetheilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größerer Sicherheit Rekommandirung. Soviel an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat" unsern Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Rechenschaftsbericht
der sozialdemokratischen Mitglieder des deutschen Reichstages.

(Schluß.)

Was nun unsere Haltung im Reichstage anbelangt, so steht dieselbe im Einklang mit der politischen Gesammthaltung der Partei. Als das Sozialistengesetz gegen die Sozialdemokratie Deutschlands geschmiedet wurde, trat die Frage an uns heran: wie haben wir uns im Interesse der Partei zu verhalten?

Die Frage, das dürfen wir wohl sagen, wurde aufs Reiflichste berathen, das Für und Wider, Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten sorgfältig abgewogen.

Kein Zweifel, man wollte unsere Partei vernichten. Hätten wir an die Möglichkeit der Vernichtung durch das Ausnahmegesetz geglaubt, hätten wir nur geglaubt, daß es die Partei wesentlich schädigen, sie zurückwerfen, die Arbeit eines halben Menschenalters zerstören würde, dann wäre freilich die Partei zu einer anderen Taktik genöthigt worden, als der, welche von ihr adoptirt worden ist.

Wer aber mit uns der Ueberzeugung ist, daß eine Partei, wie die sozialdemokratische, nicht vernichtet werden, und durch die heftigsten Unterdrückungsversuche nur gestärkt werden kann; daß es für uns vor Allem darauf ankommt, die öffentliche Meinung zu gewinnen und das Stigma des Meuchelmordes und der kopf- und hirnlosen Umstürzlerei von uns zu entfernen; daß jede Gewaltthätigkeit unsererseits Wasser auf die Mühle unserer Feinde wäre, und die Aufmerksamkeit der Massen von den bitteren Früchten des herrschenden ökonomischen und politischen Systems ablenken würde; daß die Partei, welche den Krieg in jeder Gestalt verurtheilt, und die allgemeine Verbrüderung aller Menschen zum Ziel hat, nicht den Bürgerkrieg erstreben kann; kurz, daß eine normale Entwicklung der Dinge im Interesse unserer Partei liegt — wer mit uns dieser Ueberzeugung ist, der muß auch die Taktik billigen, welche die Partei seit Jahresfrist unter den schwierigsten Verhältnissen, unter den schwersten Opfern mit guter Manneszucht und mit Standhaftigkeit befolgt.

Es galt die Massen von dem Attentatsfieber zu kuriren; und dazu bedurfte es der Ruhe. Hödel und Nobiling sind das politische Gründungskapital für die neueste Aera der Reaktion in Deutschland, — das erkennen jetzt selbst die bornirtesten Liberalen an, die noch vor Jahresfrist Hödel und Nobiling an die Rockschöße der Sozialdemokratie hetzen halfen. Aber von Hödel und Nobiling kann die Reaktion doch nicht ewig zehren und leben, und sicherlich war es dem Fürsten Bismarck sehr ernst, als er in seiner Rede zu Gunsten des „Ungebührgesetzes" es so lebhaft bedauerte, daß die Attentate dem Publikum nicht mehr als Schreckgebilde erschienen.

Alles, was den Eindruck der Attentate wieder auffrischte, gab der Reaktion neue Nahrung, Alles, was diesen Eindruck abschwächte, mußte unsere Sache fördern.

Die Taktik, welche uns durch die Verhältnisse vorgeschrieben war, läßt sich also in den Sätzen zusammenfassen:

> Der Reaktion keine Möglichkeit bieten, die Sozialdemokratie als rothes Gespenst zu verwenden.
>
> Das durch infame Verleumdungen auf uns geworfene Odium abzustreifen; und so zu handeln, daß das Odium für die herrschende Mißwirthschaft und die herrschenden Mißstände auf Diejenigen gewälzt werde, die es entweder durch aktives Verschulden oder durch passives Gewährenlassen auch wirklich verdient haben.

Dieser Taktik gemäß haben wir, hat die Partei gehandelt; und die Probe der Praxis ist gut, über alle Erwartung gut ausgefallen; die Reichstagswahlen in Breslau und Erfurt, die großartige Betheiligung des Volkes an den Begräbnissen unserer unvergeßlichen Genossen Reinders und Geib und in letzter Zeit noch die sächsischen Landtagswahlen, haben für Jeden, der nicht absichtlich gegen die handgreiflichen Thatsachen seine Augen schließt, zur Evidenz festgestellt, daß die Parteigenossen fest zusammenhalten, daß sie „auf den Schanzen" sind, und daß wir nicht nur keinen Rückgang, sondern im Gegentheil Fortschritte zu verzeichnen haben. Namentlich hat sich dies bei den sächsischen Landtagswahlen gezeigt, deren günstiger Ausfall nur daraus zu erklären ist, daß Bevölkerungsschichten, die noch bei der vorigen Reichstagswahl feindlich gesinnt waren, uns seitdem günstig gestimmt worden sind.

Da gerade von Landtagswahlen die Rede ist, sei, um Mißverständnissen vorzubeugen, hier erwähnt, daß in anderen Bundesstaaten, insbesondere in Preußen, das Landtagswahlgesetz einen weit reaktionäreren Charakter trägt, als bis jetzt in Sachsen, und eine Betheiligung der Partei an den Landtagswahlen dort eine sinnlose Kraftvergeudung ohne jegliche Aussicht auf Erfolg wäre.

Doch zurück zur Frage der Taktik.

Gesetzt der Fall, wir hätten uns für diejenige Taktik entschieden, zu der von gewisser Seite gerathen, von gewisser entgegengesetzter Seite herausgefordert worden ist: wir schlugen los, bauten Barrikaden in Berlin, proklamirten die Republik in Sachsen, pflanzten in Hamburg, Breslau — kurz überall, wo wir in genügender Stärke vertreten sind, das Banner der Revolution auf — mit einem Wort, wir führten den Plan aus, welchen Reptilschreiber in auswärtigen — amerikanischen — Blättern uns unterschoben — was wäre geschehen? Wir hätten uns möglicherweise, d. i. wenn die Regierungen sich hier und da hätten überraschen lassen, an einigen Punkten ein paar Wochen lang gehalten, und dann war der letzte Insurgent im Gefängniß, auf der Flucht oder erschossen, unsere Anhänger waren auf Jahrzehnte niedergeschmettert, unsere Feinde im Besitz einer unumschränkten Macht, und die unentschiedene Masse, welche uns weder Freund noch Feind ist, bei ruhiger, d. h. durch uns nicht gewaltsam gestörter, Entwicklung sich aber zu uns schlagen und uns den Sieg bringen wird, schlug sich auf die Seite unserer Feinde und half uns erdrücken. Die Reaktion feierte ihre blutigen Orgien; die Wirkung der Attentate war potenzirt erreicht, die öffentliche Meinung wandte sich mit elementarer Wucht gegen uns, und zur schweren materiellen Niederlage kam für uns eine schwerere moralische Niederlage! Es gab keine sozialdemokratische Partei mehr in Deutschland und erst späteren Zeiten blieb es vorbehalten, unsere Fehler wieder gut zu machen, und mühsam, an die Vergangenheit anknüpfend, eine neue sozialdemokratische Partei aufzubauen.

Wer da weiß, wie unmittelbar nach den Attentaten des vorigen Jahres und nachdem die allgemeine Hatz gegen uns in Scene gesetzt war, in gewissen Kreisen der Ausbruch einer Revolte jeden Augenblick erwartet wurde, wie in den Kasernen alles zum Niederkartätschen bereit war, die Offiziere die Soldaten haranguirten und man allgemein unsere Partei als das Wild bezeichnete, dem es gelte; wer da ferner weiß, wie verblüfft man war, als die erhoffte und ersehnte Revolte ausblieb, der wird das Verhalten der Partei, welche, die Situation vollständig erkennend, einen Moment sich passiv verhielt, um den Sturm über sich hinwegsausen zu lassen, als durch die Umstände geboten zu würdigen wissen.

Und die Folgen jenes Verhaltens?

Die sozialdemokratische Armee ist intakt; sie hat, ohne Verlust, ihre alten Positionen mit neuen besseren vertauscht — die Reihen sind vollzählig und jeder Tag bringt frischen Zuzug aus den Reihen anderer Parteien.

Während alle anderen Parteien, konservative wie liberale — denn auch die sogenannte konservative Partei ist, seit sie, gezwungen durch die ökonomische Entwicklung, die namentlich auch den Ackerbau ergriffen hat, sich auf den Boden des Cäsarismus begab, keine konservative Partei mehr und in vollster Zersetzung; auf diesen wie auf anderen Gebieten hat Fürst Bismarck, ein Werkzeug geschichtlicher Entwicklung, sich als vollendeter Revolutionär wider Willen bewährt — während alle anderen Parteien, voran die Liberalen, sich sichtlich im Zustande der Auflösung befinden; während das wracke Schifflein des Nationalliberalismus von den Sturzwellen der Reaktion in Stücke zerbröckelt wird; während jeder Versuch, aus den alten Parteien heraus „eine große demokratische Partei" zu bilden, welche das Volk gegen die Reaktion organisiren soll, auf's Kläglichste scheitert: steht die Sozialdemokratie, gegen die jede Partei die Hand erhoben, steht die vogelfreie Sozialdemokratie fest, wie ein Fels in brandender See, der einzige feste Punkt in dem allgemeinen Wirrwarr, die einzige Partei, die ein festes Programm, eine feste Taktik, ein bestimmtes Ziel hat!

Und nicht blos behauptet haben wir, was wir hatten, wir haben auch Neues erobert. Wir wiesen schon auf die jüngsten Wahlen hin, die hiefür beredtes Zeugniß ablegen. Das ist aber nicht Alles. Der Umschwung bekundet sich noch in vielen andern Symptomen. Vom „Sozialistenschreck" des Attentatssommers kaum eine Spur mehr. Das Bürgerthum hat in seiner Mehrheit erkannt, daß das „Rothe Gespenst" nur ein Irrwisch war, vermittelst dessen es in den Morast der Reaktion gelockt wurde. Kein Zurechnungsfähiger denkt mehr dran, die Sozialdemokratie der Mitschuld an Nobilings Wahnsinnsthat anzuklagen: sogar ein Blatt, wie die „Kölnische Zeitung" muß zugestehen, daß jene Anklage eine freche Verläumdung war. Nur die rothe Reaktion wagt es noch, Nobiling politisch zu verwerthen, jedoch nicht mehr gegen die Sozialdemokratie, nein — und das zeigt so recht eklatant die veränderte Stimmung und Lage — gegen den Liberalismus! Der Liberalismus, der in seiner bleichen Furcht vor der Sozialdemokratie sich voriges Jahr zum Handlanger der Reaktion hergab und Nobiling an die Rockschöße der Sozialdemokratie zu heften bemüht war, muß ihn jetzt an seinen eigenen Rockschößen herumtragen. Klassischer und lehrreicher konnte die Nemesis der Geschichte sich nicht vollziehen. Und wenn einzelne Organe, die sich liberal nennen, durch infame Denunziationen gegen die Sozialdemokratie sich die Gnade der siegreichen Reaktion zu erbetteln suchen, so vergrößern sie dadurch nur das Sündenregister auf der Schandsäule, welche als Leichenstein das Grab des deutschen Liberalismus schmücken wird.

Der Liberalismus ist im Sterben und die Sozialdemokratie wird seine lachende Erbin sein. Und nicht blos seine. Die Zentrumspartei hat durch den „Pakt" mit Fürst Bismarck einen Keil in ihre mächtige Organisation getrieben. Oppositionspartei par excellence, verliert sie ihre Existenzbedingungen, sobald sie aufhört, in der Opposition zu sein. Das Gros der Partei ist oppositionell, stark mit demokratischen und sozialistischen Elementen versetzt. Der Zerfall dieser Partei, die soeben, indem sie Herrn von Bismarck den „Pakt" aufnöthigte, ihn unter das caudinische Joch des Partikularismus trieb, einen großen taktischen Triumph errang, wird — zumal die Führung eine vorzügliche, die Organisation eine musterhafte — nicht über Nacht erfolgen; aber so gewiß die nationalliberale Partei in dem Kulturkampf zu Grunde gegangen ist, so gewiß wird das Zentrum an dem „Pakte" mit Bismarck zu Grunde gehen; und die demokratischen und sozialistischen Elemente, welche es umfaßt, werden sich dahin wenden, wohin sie gehören: zur Sozialdemokratie.

Der Umschwung der öffentlichen Meinung zu unsern Gunsten ist unstreitig der wichtigste Erfolg, den wir unserer Taktik verdanken. Unter öffentlicher Meinung verstehen wir hier nicht die Meinung beschränkter Kreise, die für maßgebend gelten. Wir verstehen darunter das Denken und Fühlen der Volksmassen im weitesten Sinne des Wortes — der ungeheuren Majorität des Volkes. Dieses Denken und Fühlen, welches ja künstlich — wie nach den Attentaten — in bestimmte Bahnen gelenkt werden kann, ist auf politischem Gebiet ein unentbehrlicher Faktor für jede politische Thätigkeit. Wer diesen Faktor gegen sich hat, ist von vornherein gelähmt, aktionsunfähig. Das sahen wir in den Attentatswochen des vorigen Jahres. Damals hatte die Partei die Feuerprobe zu bestehen. Wenn sie je hätte in Gefahr sein können, wäre sie es damals gewesen. Die schlimmsten Verfolgungen der Behörden sind nichts, verglichen mit jenem Wirbelsturm des Hasses und Schreckens aus dem Volke heraus. Es war eine Existenzfrage für uns, daß dieser Schrecken beschwichtigt und dieser Haß in Sympathie verwandelt wurde. Gelang es, so hatten wir gewonnen.

Das war das Hauptmotiv, welches unsere Partei zu ihrer gegenwärtigen Taktik bestimmte.

Wir sind, was wir waren, wir werden sein, was wir sind. Womit selbstverständlich nicht gesagt sein soll, daß wir nicht lernen, uns nicht fortentwickeln wollen. Die Agitation in der früheren Form ist uns unmöglich gemacht — gut: wir lassen die Verhältnisse und unsere Feinde für uns agitiren und beuten die Früchte jener, die Handlungen dieser nach Möglichkeit aus! Die deutsche Industrie liegt darnieder, trotz Sozialistengesetz, trotz Schutzzoll; und durch den Schutzzoll, der den Sporn der Konkurrenz abstumpft und das Ausland zu Repressalien, d. h. zur Verschließung seiner Märkte zwingt, wird sie noch mehr zurückgebracht werden. Das Handwerk verliert mehr und mehr den Boden unter den Füßen, trotz Sozialistengesetz, trotz Schutzzoll und versuchter utopistischer Rückkehr zu mittelalterlichem Zunftwesen. Die Landwirthschaft in ihrer Gesammtheit kann von der neuen Wirthschaftspolitik, die blos einer winzigen, aber mächtigen Minorität zu Gute kommt, nur Nachtheile haben. Für den Moment haben sich dieselben noch nicht mit genügender Deutlichkeit fühlbar gemacht, aber die Zeit wird nicht ausbleiben. Die Erhöhung der Kornpreise durch den Getreidezoll wird zehnfach aufgewogen durch die Vertheuerung der Produktion und aller Lebensmittel bei entsprechender Entwerthung des Geldes; und so wird die Landbevölkerung, welche heute noch zum großen Theil für die Bismarck'schen „Reformen" schwärmt, schon bald durch Schaden klug werden und zu der Erkenntniß gelangen, daß für jede Mark, die ihr öffentlich in Gestalt des Getreidezolls in die eine Tasche gesteckt wird, ihr verstohlen durch Steigerung des Preises aller Lebensmittel das Fünf und Zehnfache aus der anderen Tasche genommen wird. Die allgemeine Lebenslage verschlechtert sich, und die Ansprüche an das Leben, gefördert durch das Beispiel von Oben, steigern sich; dieser Widerspruch muß den Sturz des herrschenden Systems wesentlich beschleunigen.

Fürst Bismarck befindet sich in ähnlicher Lage, wie einst sein Lehrer Bonaparte; er hat sich auf das für einen Staatsmann gefährlichste Terrain begeben: um das Volk, dem er zur Fortführung seiner Politik beständig schwere Lasten aufbürden muß, in gute Laune zu versetzen, hat er ihm Wechsel auf materielle Prosperität ausgestellt. Den Wechsel einzulösen, vermag er nicht; denn die Aufgabe, welche er sich gestellt hat, ist unlösbarer, als die Quadratur des Zirkels: das Volk zu bereichern und ihm einen neuen Aderlaß nach dem andern zu appliziren. Daß diese fortwährenden und immer stärkeren Aderlässe den Volkskörper schwächen und ihn schließlich zu Grunde richten müssen, wird aber mit der Zeit auch dem Vernageltsten klar. In Geldsachen wie in allen Interessenfragen hört die Gemüthlichkeit auf. Der eifrigste Verehrer der Blut und Eisenpolitik und ihrer

Die

„wunderbaren Erfolge“ wendet sich gegen sein Ideal in dem Moment, wo er entdeckt, daß es ihn am Beutel schädigt. Von allen Lorbeeren der „heiligen“ und nichtheiligen Kriege kann Niemand sich ein Gemüse kochen.

Eine Umkehr gibt es für den Fürsten Bismarck nicht. Er hat die Verhältnisse nicht geschaffen, deren Ausdruck und Organ er ist, und er kann diese Verhältnisse auch nicht aus der Welt schaffen. Gleich Ixion an das Rad des Verhängnisses gebunden, muß er den Militarismus bis zum äußersten Extrem steigern, muß er die Steuerkraft des Volkes bis zum äußersten Extrem anspannen, muß er auf der abschüssigen Bahn, die er eingeschlagen, halb abwärts eilen, halb abwärts gleiten, bis sich das Schicksal erfüllt.

Die 130 Millionen Neusteuern, welche die letzte Session dem deutschen Volke gebracht, sind nur die erste Rate; sie reichen nicht annähernd für die Bedürfnisse der Bismarck'schen Politik aus. Dank dieser Politik mit ihren „wunderbaren Erfolgen“ sind wir zwischen feindlichen Militärmächten eingetheilt: Oesterreich kann nicht 1866 vergessen, Frankreich nicht 1870, Rußland nicht, daß es im letzten Türkenkrieg von seinem Erbfreunde nicht die erwartete und nothwendige Unterstützung empfangen. Unsere Armee, kolossal wie sie ist, reicht nicht aus gegen eine Allianz der uns feindlichen Mächte. Und Bundesgenossen haben wir nicht — trotz des offiziösen Geredes von einer „deutsch-österreichischen Allianz“.

Also mehr Soldaten, mehr Steuern!

Immer mehr Soldaten, immer mehr Steuern!

Frankreich ist reicher als Deutschland, Rußland hat mehr militärisches „Rohmaterial.“ Sie können immer ein Regiment mehr stellen als wir. Und sobald sie es thun, muß auch das deutsche Reich sich zu einer frischen Anstrengung aufraffen und den Nachbar zu überbieten suchen. Für diesen Wettkampf der Kriegsvorbereitungen gibt es keine andere Grenze als die Grenzen der Steuerkraft des Volkes. Diese sind aber schon nahezu erreicht und bald wird das Volk vor dem Dilemma stehen: entweder unter dem politischen und wirthschaftlichen System Bismarck zusammenzubrechen, oder mit diesem System zu brechen.

Und das Volk wird dann keinen Augenblick schwanken, es wird dem Gebote der Selbsterhaltung folgen.

Wir denken also nicht daran, „Revolution zu machen.“ Gemacht — das haben unsere Parteiorgane schon vor Jahren gesagt, werden Revolutionen — d. h. revolutionäre Ausbrüche — nur durch die Machthaber, welche in die organische Staats- und Gesellschaftsentwicklung gewaltsam eingreifen. Ein solches Eingreifen, läge es in unserm Willen, liegt nicht in unserer Macht. Und weil es nicht in unserer Macht liegt, liegt es auch nicht in unserem Willen. An derartige Kindereien können nur Leute denken, die von dem geschichtlichen Entwicklungsprozeß keinen Begriff haben, und von der Laune und Willkür einzelner Personen abhängig wähnen, was das nothwendige Resultat ehemer Gesetze ist. Wir brauchen das System Bismarck nicht zu stürzen. Wir lassen es sich selbst stürzen! Das System muß an seiner eigenen Uebertreibung, an seinen eigenen Konsequenzen zu Grunde gehen. Wir brauchen den heutigen Staat, die heutige Gesellschaft nicht zu zerstören, sie zerstören sich selbst, oder richtiger ausgedrückt: Altes, lebensunfähig Gewordenes stirbt ab, — Neues, Höheres wird und tritt an die Stelle. Staat und Gesellschaft, unaufhaltsam in organischer Fortentwicklung begriffen, wachsen mit Naturnothwendigkeit in den Sozialismus hinein.

Die Hände freilich dürfen wir nicht in den Schooß legen, wie uns von polternden Wirrköpfen nachgesagt wird, die, mit dem sie kennzeichnenden Mangel an Logik, in einem Athem uns vorwerfen, daß wir nicht thätig, nicht „revolutionär“ sind, weil wir nicht losschlagen, und daß wir zu thätig sind, weil wir uns an den Wahlen und an parlamentarischer Thätigkeit betheiligen.

In Bezug auf Betheiligung an den Wahlen ist unser Standpunkt durch das Ausnahmegesetz in keiner Weise verrückt worden. Es hat höchstens die Wichtigkeit des Wählens und der Wahlagitationen für uns erhöht. Daß die Partei, so lange von einer gesetzgeberischen Wirksamkeit noch nicht die Rede sein kann, wesentlich aus agitatorischen Gründen an den Wahlen und Reichstagsverhandlungen sich betheiligt, ist auf allen Parteikongressen betont und begründet worden. Jetzt aber, da so viele andere Mittel der Agitation uns entrissen sind, wäre es eine Thorheit ohne Gleichen, wollen wir auf eines der besten Agitationsmittel verzichten, die uns geblieben sind. Hätten wir uns nicht mehr an den Reichs- und Landtagswahlen betheiligt, dann würde in unserer Partei nicht die gehobene Stimmung herrschen, die Achtung der noch nicht zu uns gehörigen Massen wäre nicht so groß und der Boden für die Propoganda nicht so günstig. So wenig Revolutionen nach Belieben gemacht werden können, so wenig fliegen uns die gebratenen Tauben des sozialdemokratischen Staates in den Mund. Wir müssen ernst arbeiten und wir wollen arbeiten!

Zum Schluß müssen wir noch nachdrücklich vor Illusionen in Bezug auf die Dauer des Ausnahmegesetzes und des über Berlin und Umgegend verhängten Belagerungszustandes warnen. Es heißt die Situation völlig verkennen, wenn man sich der Hoffnung hingibt, das Ausnahmegesetz mit all seinen Konsequenzen werde nicht verlängert werden. Man muß sich vergegenwärtigen, daß dasselbe nur der erste bahnbrechende Schritt der Reaktion war, die nicht einhalten wird, nicht einhalten kann, ehe sie auf unübersteiglichen Widerstand gestoßen ist oder ihre Kräfte erschöpft hat. Bis dahin wird aber noch einige Zeit vergehen, innerhalb deren wir auf eine Verschärfung der Maßregeln gegen uns gefaßt sein müssen. Unsere Wahlerfolge in Breslau und Sachsen haben schon den Ruf nach einer neuen verbesserten Auflage des Sozialistengesetzes erweckt. Und der Ruf wird nicht in taube Ohren gedrungen sein.

Es sei!

Mögen die Feinde thun, was ihnen gutdünkt. Wir wissen, daß sie unsere Sache nicht zu Grunde zu richten vermögen. Der Druck, die Verfolgungen können noch gesteigert werden — wir sind darauf vorbereitet. Der persönliche Verkehr kann uns nicht verboten, das geistige Band, welches uns umschlingt, nicht zerrissen werden. Die private Organisation, welche an Stelle unserer öffentlichen Organisation getreten ist, steht über jedem Gesetz. Um sie zu vernichten, müßte die moderne Zivilisation aufgehoben werden. Und das steht über der Macht der mächtigsten Regierung. Presse man jeden Postbeamten in die Dienste der Polizei, stelle man einen „geheimen Polizisten“ neben jeden Sozialdemokraten — die Unmöglichkeit des Fortbestandes der heutigen Ordnung der Dinge wird um so eklatanter bewiesen. Alles was gegen uns gethan wird, wird für uns gethan sein, wird das herrschende System nur rascher diskreditiren, seinen Sturz nur beschleunigen, den Augenblick näher rücken, wo blos zwei Parteien sich gegenüberstehen: die Partei der Privelegirten, der Monopolisten, der Kapitalisten, des Militarismus, des Kriegs — die reaktionäre Minorität. Und die Partei der Gerechtigkeit, der Gleichheit, der Brüderlichkeit, des Friedens — die sozialistische Majorität. Unsere Feinde sorgen dafür, daß die Sozialdemokratie zur Partei des Volkes wird.

So blicken wir getrost in die Zukunft.

Mögen die Genossen überall sich fest an einander anschließen, die Fühlung mit dem Ganzen anstreben! Jeder hat in dieser Zeit der Prüfung und Läuterung im vollsten Maaße seine Schuldigkeit zu thun, all seine Kräfte und Fähigkeiten in den Dienst der Partei zu stellen. Das Zusammenwirken Aller ist dringend erforderlich. Wer es stört und Zwietracht säet, ist ein Feind unserer Sache. Kein blindes Vertrauen in einzelne Personen, aber auch kein blindes Mißtrauen. Strenge Kritik der Genossen, verbunden mit strenger Selbstkritik.

Wir kennen die gesteigerten Pflichten, welche das Sozialistengesetz uns auflegt und sind entschlossen, sie zu erfüllen.

Hoch die Sozialdemokratie!

Mit sozialdemokratischem Gruß!

A. Bebel. W. Bracke. F. W. Fritzsche. M. Kayser. W. Liebknecht. J. Vahlteich. Ph. Wiemer.

Im September 1879.

Da ich an Stelle des verstorbenen Genossen Reinders nach Schluß der letzten Session zum Reichstagsabgeordneten für Breslau gewählt worden bin, ist auch mir vorstehender Rechenschaftsbericht zur Unterschrift vorgelegt worden. Ich erkläre mich hierdurch ausdrücklich mit dem Verhalten meiner Kollegen im Reichstage und zugleich mit der unter dem Ausnahmegesetz innegehaltenen Taktik unserer Partei in Deutschland völlig einverstanden.

Leipzig, Anfangs Oktober 1879.

W. Hasenclever.

Programm der polnischen Sozialisten.

Erfreulicher Weise haben sich nun endlich, nach langer Arbeit, auch die polnischen Sozialisten zu einer organisirten, auf sicherer prinzipieller Grundlage fußenden und sich ihrer Ziele bewußten Partei vereinigt. Dieselbe ist zwar vorläufig noch klein, hat aber bei der großen Hingebung und Opferwilligkeit ihrer Anhänger und der natürlichen Empfänglichkeit des niedergetretenen polnischen Volkes für alle Befreiung versprechenden Ideen eine große Entwicklungsfähigkeit. Die drei „Theiler“ Polens dürften die Folgen der Geistesarbeit dieser Handvoll armer, einflußloser Flüchtlinge, deren Anstrengungen die neue Parteibildung zu danken ist, wohl schon bald verspüren. Denn unsere polnischen Genossen verfügen auch bereits über ein Organ, den „Rownosch“ (Gleichheit), dessen erste Nummer diese Woche erschienen und uns soeben zugegangen ist.

Indem wir uns vorbehalten, auf die junge Bewegung und ihr Organ, denen wir selbstverständlich unsere lebhafteste Sympathie und Aufmerksamkeit zuwenden werden, alsbald zurückzukommen, reproduziren wir, um unsern deutschen Genossen schon jetzt eine Idee von der prinzipiellen Stellung der polnischen Sozialisten zu geben, nachfolgend das in der ersten Nummer des „Rownosch“ veröffentlichte Programm der Partei.

Die politischen, ökonomischen und sozialen Errungenschaften sind das Ergebniß jahrhundertelanger Arbeit aller Glieder der Gesellschaft. Ebendeßhalb sollen sie auch Allen zum Vortheil gereichen. Aber dem ist nicht also. Eine sehr kleine Minderheit zieht, indem sie thatsächlich die Arbeitsinstrumente, d. h. das Kapital, unrechtmäßiger Weise vorenthält, allein Gewinn aus den Institutionen und benützt sie allein für sich.

Der Ausdruck dieses Verhältnisses zwischen der das Kapital vorenthaltenden Minderheit und der ihre Arbeit darbietenden Mehrheit ist das System der Lohnarbeit, d. h. die Umwandlung des Arbeiters (der Arbeit) in eine Waare.

Der Arbeiter (die Arbeit) auf die Bedingungen der Waare gebracht — das ist die neue Gestalt der Knechtschaft und Ausbeutung. Indem der Arbeiter seine Arbeit nach den allgemeinen Gesetzen des Waarenaustausches verkauft, muß er sich denselben unterwerfen; er überläßt dem Kapitalisten seinen Arbeitsertrag, und der dafür empfangene Lohn regelt sich nach dem Marktpreis, d. h. er hängt von der Anzahl der sich anbietenden Arbeiter und der Summe des zum Lebensunterhalt unumgänglich Nöthigen ab.

Alle modernen Staats- und Gesellschaftseinrichtungen haben das System der Lohnarbeit zur Grundlage. Das was man „individuelle Freiheit“ nennt und die gerühmte Theorie der Selbsthilfe führen zum Kampf Aller gegen Alle, aus welchem der mit allen Kampfmitteln ausgerüstete Kapitalist als Sieger hervorgeht. Der Arbeiter aber, der Produktionsmittel beraubt und zum Lohnsklaven erniedrigt, verliert seine ganze Unabhängigkeit und wird dem Willen seines „Herrn“ unterworfen in allen Aeußerungen seines individuellen und sozialen Lebens.

Dieser Zustand muß in der arbeitenden Klasse aller zivilisirten Länder nothwendig eine Bewegung hervorrufen, welche darauf hinzielt, die Einrichtungen der Gesellschaft all ihren Mitglieder nutzbar zu machen.

So hat sich der kapitalistischen Theorie des Eigenthums der Arbeitsinstrumente und der Vertheilung des Arbeitsertrages die sozialistische Theorie entgegen gestellt, deren Prinzipien jetzt von den Arbeitern Europa's und Amerika's, welche eine gründliche Aenderung der gegenwärtigen sozialen Zustände zu Gunsten der Arbeit, das ist die soziale Revolution anstreben, mehr und mehr anerkannt und angenommen werden.

Eine Untersuchung der Bedingungen, unter welchen sich heute Polen befindet, zeigt uns, daß der Triumph der sozialistischen Prinzipien unentbehrlich zum Glück des polnischen Volkes ist. Deshalb ist die thätige Betheiligung an dem Kampf gegen die gegenwärtige Gesellschaftsordnung die Pflicht jedes Polen, welcher das Schicksal der großen Mehrheit seines Volkes über die Interessen der kapitalistischen und adeligen Minderheit unseres Landes stellt.

Wir anerkennen folgende Prinzipien:

I. Die Gesellschaft gewährleistet jedem Menschen die vollkommene Entwicklung seiner Person.

II. Die Arbeitsinstrumente müssen aufhören, den Individuen zu gehören, und in den Besitz der Gesammtheit der Arbeiter übergehen, welche die Lohnarbeit in eine durch Assoziationen der Fabrikarbeiter, Handwerker und Ackerbauer auszuübende Kollektivarbeit umwandeln werden.

III. Jedes Individuum hat ein Recht auf den Ertrag der gemeinsamen Arbeit. Die Grenzen dieses Rechtes können nur durch die Arbeiter selbst, nach den bestimmten Angaben der Wissenschaft, festgesetzt werden.

IV. Soziale und vollständige Gleichheit Aller, ohne Unterschied des Geschlechtes, der Rasse und der Nationalität.

V. Die Verwirklichung dieser Ideen muß das Werk aller Arbeiter, ohne Unterschied der Art ihrer Arbeit und der Nationalität sein, woraus folgt, daß die soziale Revolution nur eine allgemeine und internationale sein kann.

VI. Aus diesen Gründen verlangen wir in ein Bundesverhältniß zu den Sozialisten aller Nationen zu treten.

VII. Die Verwirklichung unserer Prinzipien kann nur durch das Volk erreicht werden, mit Hilfe einer sich der Rechte und Interessen des Volkes bewußten Organisation.

VIII. Unsere Aktionsmittel werden sich stets in vollkommener Uebereinstimmung mit den Grundsätzen befinden, welche wir bekennen.

Die Mittel, welche zur Entwicklung unserer Partei dienen, sind:

1) Die Organisation der Volkskräfte.
2) Die Propaganda der Prinzipien des Sozialismus durch Rede und Schrift.
3) Die Agitation, d. h. Demonstrationen, Proteste, mit einem Wort, der ununterbrochene, unsern Grundsätzen entsprechende Kampf gegen die gegenwärtige Gesellschaftsordnung.

Da die Unwirksamkeit aller „gesetzlichen“ Mittel anerkannt ist, kann obiges Programm nur durch die soziale Revolution erfüllt werden.

In Erwägung:

Daß die Bestrebungen des modernen Proletariats ihren letzten Ausdruck in der Internationalen Arbeiter-Assoziation gefunden haben, bekennen wir uns zu der Darlegung der Grundsätze, welche der erste Kongreß dieser Assoziation angenommen hat:

„In Erwägung:

„daß die Emanzipation der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muß;

„daß der Kampf der Arbeiter für ihre Emanzipation nicht auf Errichtung neuer Privilegien, sondern auf Einführung gleicher Rechte und Pflichten für alle abzielt;

„daß die Unterwerfung des Arbeiters unter das Kapital die Quelle aller Knechtschaft, der politischen, moralischen und materiellen ist;

„daß deshalb die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse das große Ziel ist, dem jede politische Bewegung untergeordnet sein muß;

„daß alle Bestrebungen nach diesem großen Ziel bisher gescheitert sind an dem Mangel der Solidarität zwischen den mannigfachen Zweigen der Arbeit in jedem Lande und einer brüderlichen Vereinigung zwischen den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder;

„daß die Emanzipation der Arbeiter kein blos lokales oder nationales Problem ist, sondern daß dasselbe vielmehr alle zivilisirten Nationen berührt, indem seine Lösung nothwendig von dem theoretischen und praktischen Zusammenwirken derselben abhängt;

„daß die Bewegung, welche sich unter den Arbeitern der industriellsten Länder vollzieht, einerseits neue Hoffnungen erweckt, anderseits feierlich warnt vor einem Rückfall in die alten Irrthümer und zur Zusammenfassung der bisher zusammenhangslosen Bewegung auffordert;

„Aus diesen Gründen:

„erklärt der am 3. September 1866 zu Genf versammelte Kongreß der Internationalen Arbeiter-Assoziation, daß diese Assoziation, sowie alle sich zu ihr bekennenden Gesellschaften und Individuen als leitenden Grundsatz

Wahrheit, Gerechtigkeit, Moral

in ihrem Umgang mit allen Menschen und ohne Unterschied der Hautfarbe, des Glaubens und der Nationalität anerkennen.

„Der Kongreß betrachtet es als Pflicht, die Menschen- und Bürgerrechte nicht nur für die Mitglieder der Assoziation, sondern für jedweden zu fordern, der seine Pflicht erfüllt.“

„Keine Rechte ohne Pflichten,
„Keine Pflichten ohne Rechte.“

September 1879.

Sozialpolitische Rundschau.

— Wenn sich die Schatten der Nacht herniedersenken, dann erwacht allerorten das lichtscheue Gethier und kriecht aus seinen Löchern hervor und tummelt sich furchtlos und frech so in der Höhe als in der Tiefe. Das Ungeziefer betrachtet sich dann als Herrn der Welt und feiert wahre Orgien der Finsterniß. So ist auch das arme **Deutschland** gegenwärtig der ausgewählte Rammelboden der Reaktion, die ihren Gefühlen im Vollgefühl ihrer nächtlichen Herrschaft keinerlei Zwang mehr anthut. Konsequent sind die Helden der „Umkehr“, das muß ihnen der Neid lassen. Nicht nur hier oder dort, sondern auf allen Gebieten wird zum Rückzug geblasen.

Natürlich sind bei diesem herrlichen Gang der Dinge die Pfaffen nicht die letzten; wie die Geier um ein Aas, so sammeln sich diese Edlen überall, wo das Volk geknebelt wird, um von der Siegesbeute das fetteste Stück in Empfang zu nehmen. Im deutschen Reich sind diese dunkeln Ehrenmänner jetzt vollständig obenauf, besonders in der Reichshauptstadt, wo sie einen wahren Hexensabbath aufführen. Wo man hinhört, nichts als Pfaffengezänk, wo man hinriecht, nur Salbölparfüm und — etwas Scheiterhaufenduft.

Die Seelenhirten nach evangelischem Ritus, die „nur in allem Grund der Sachen mehr schwatzen und Grimassen machen", halten im ungläubigen Berlin ein förmliches Konzil, in dem sie Tag um Tag schweißtriefend an der Rückwärtsdrehung des Zeitenrades arbeiten. Die Gesellschaft muß sich wieder zu Gott bekehren, die Schule wieder (?) religiös und deßhalb konfessionell werden, die Kulturgesetze müssen revidirt und in den Kranken-, Irren- und Strafhäusern vor allem Seelenhirten angestellt, Trunksucht, Fluchen und Sonntagsentheiligung durch den Richter bestraft und die Geistlichen zu den Sühneverhandlungen des Ehegerichts zugezogen, Zivilehe und Tauffreiheit aufgehoben werden. Freiheit für die Wirksamkeit der Kirche, aber nur für sie; wer nicht glaubt, kommt nicht nur nicht in's Himmelreich, sondern hat auch in diesem Jammerthal kein Recht, seine Meinung zu äußern und ihr nachzuleben. Deßwegen muß die Berliner freireligiöse Gemeinde die Inschrift ihres Begräbnißplatzes: „Kein „Jenseits gibt's, kein Wiedersehn" — entfernen. Und deswegen wird auch die Judenhetze schwunghaft betrieben, an deren Spitze kein geringerer als der bei Hof hochangesehene christlich-soziale Prophet Stöcker steht.

Die Ultramontanen reiben sich zu alldem natürlich vergnügt die Hände. Haben sie doch längst erklärt, daß die Reaktion ihren vollen Beifall haben wird und sie an ihr mit Vergnügen theilnehmen werden, „soweit sie ihrem Programm entspricht", d. h. soweit sie sich auf das Gebiet von Kirche und Schule erstreckt. Je kräftiger, desto besser, ist hier ihr Wahlspruch, und kein Verlangen der protestantischen Ultras dürfte ihnen hier zu weit gehen. In ihrer Noth haben die Herren früher allerdings einmal nach Trennung von Staat und Kirche gerufen, aber seit ihnen die Aussicht lächelt, daß die Staatsgewalt mit der Hierarchie wieder Halbpart macht, ist diese demokratische Ketzerei längst wieder vergessen.

Aber mit dieser Umkehr auf dem kirchlichen Gebiet ist es noch keineswegs gethan. Wiedereinführung der Schuldhaft, der Prügelstrafe „als Disziplinarmittel", der Gebundenheit des Grundbesitzes, der Zwangsinnungen und alles, was sich sonst noch in der reaktionären Rumpelkammer findet, wird sorgsam hervorgeholt, abgestaubt und allem Volk als nagelneuestes Universalremedium für alle Gebresten der Zeit vorgestellt. Sogar der Regierung, die diese Geister doch rief, wird bisweilen etwas schwül ob des Appetites, der der heißhungrigen Gesellschaft im Essen nur immer mehr wächst. Nicht aus Gründen des Rechtes zwar, wohl aber aus politischen Gründen möchte sie, soweit es nicht für ihre Herrschaft erforderlich, sich nicht weiter als nöthig zurückdrängen lassen. Aber sie wird die Geister nicht mehr los, die sie ihrem Verhängniß sicher und immer schneller zutreiben werden.

— Die Offiziösen und die von ihnen beeinflußte Presse vollführen gegenwärtig einen Heidenlärmen über die angeblich von Bismarck in Wien abgeschlossene „Allianz zwischen Deutschland und Oesterreich", die als ein unvergleichlicher Erfolg des Reichskanzlers und als die sicherste Bürgschaft für den europäischen Frieden gepriesen wird. Gerade durch dies aufdringliche Gebähren aber muß jeder Ruhigdenkende stutzig gemacht werden. Oder läßt sich etwas Verdächtigeres denken, als diese unaufhörlichen emphatischen Versicherungen von der Isolirung Rußlands, der unerschütterlichen Treue Oesterreichs gegen Deutschland, der dominirenden Stellung und Unangreifbarkeit dieser beiden Verbündeten, der Friedlichkeit Frankreichs rc. —, als die Zusammenquälung von Auslassungen selbst der mittelmäßigsten Preßorgane aller Weltenden, die sich in ähnlichem Sinn aussprechen, und vor Allem, als die enorme Aufpuffung und tendenziöse Verdrehung der für die englischen Wahlen berechneten Manchesterrede des großsprecherischen englischen Ministers Lord Salisbury? Wer da nicht die Absicht merkt und verstimmt wird, an den ist kein Wort mehr zu verlieren.

Wer sich aber durch die Ränke der Diplomaten nicht blenden läßt, der erkennt leicht, daß wieder einmal ein unerhört gewissenloses und erbärmliches Spiel mit der Ruhe und dem Frieden Europas getrieben wird und daß der Friede, Dank diesen verbrecherischen Umtrieben und nicht zuletzt den Praktiken des deutschen Reichskanzlers, allem Anschein nach niemals weniger gesichert gewesen ist, als gerade jetzt! Zu der wirthschaftlichen Noth, dem unerträglichen Steuerdruck und der immer weiter greifenden Reaktion auch noch die Aussicht auf menschenmordende und länderverwüstende Kriege — in welchen Abgrund von Elend haben die heutigen Gewalthaber die Völker nicht schon gestürzt und um wie viel muß sich die Lage der Völker noch verschlechtern, bis sie sich endlich ermannen und dem frevlen Spiel mit gewaltiger Hand ein Ende machen?

— Aus **Böhmen** berichtet der Telegraph unter'm 17. und 18. ds. von Arbeiterunruhen. Dieser Meldung zufolge wären die Unruhen auf den Schächten der Brüxer Kohlenbergbau-Gesellschaft zu Tschauch ausgebrochen und hätten Lohnerhöhung bezweckt. (Das ist jedenfalls Unsinn; denn die gewollte und vielleicht verweigerte Lohnerhöhung kann wohl möglicherweise der ursprüngliche Anlaß zur Entstehung von Unruhen gewesen sein, nicht aber können diese die Lohnerhöhung „bezweckt" haben.) Gendarmerie und Landwehr habe zum Schutz der Grubenbeamten requirirt werden müssen. Am 18. sei es dann zwischen deutschen und böhmischen Arbeitern (vielleicht, weil die einen davon zu billigeren Sätzen arbeiten wollten und dadurch die Aussicht der andern auf Lohnerhöhung vernichteten) zu blutigen Exzessen gekommen, wobei der Bezirkskommissär Graf Kuenburg die Gendarmerie mit gefälltem Bajonnet eindringen und zahlreiche Verhaftungen machen ließ.

Was an der Sache Wahres ist, muß erst noch abgewartet werden. Jedenfalls glauben wir den Berichten der Bourgeoispresse nicht so ohne Weiteres, da wir hinreichend wissen, wie sie systematisch auf die Arbeiter lügt und sie verläumdet. Voraussichtlich wird der hinkende Bote schon noch hintennach kommen und uns melden, wie nicht Arbeiter-„Rohheit", sondern Kapitalisten-Uebermuth auch hier die Ursache gewesen sein wird.

— Was wir in unserer vorigen Nummer vorausgesagt, daß nämlich der **belgische** Liberalismus auf die bisherige schwächliche Weise mit den Pfaffen nicht fertig werde, sondern sich nur Niederlagen holen werde, ist schnell in Erfüllung gegangen. Trotz der von den Liberalen durchgesetzten „Wahlreform", welche zahlreichen Ultramontanen, welche früher wahlberechtigt waren, zu Gunsten des Liberalismus das Wahlrecht entzog, sind die Liberalen bei der Wahl eines Senators in Brügge schmählich unterlegen. Daß die Ultramontanen all ihre riesigen Machtmitteln entfalteten und einen wahren Terrorismus ausübten, ist allerdings richtig, trägt aber keineswegs die alleinige Schuld an der Schlappe der Liberalen, wie diese glauben machen wollen. Vielmehr haben sie dieselbe lediglich ihrer eigenen Schwäche zuzuschreiben. Sie fördern ja — durch die früher erwähnte religiöse Heuchelei rc. — selbst die Pfaffen in zahlreichen Fällen, und wundern sich dann in ihrer Beschränktheit noch, daß jene so viel Einfluß haben. Wenn sie in ihrem pomphaft angekündigten „Kulturkampf" so fortfahren, dann wird die Niederlage von Brügge nur der Anfang einer ganzen Reihe ähnlicher und noch ärgerer bilden.

Uebrigens verdient doch auch die Art des Wahlkampfes noch einige Beachtung. Vierzehn Tage lang haben die beiden Parteien gegen einander wie Wahnsinnige getobt, alltäglich öffentliche Skandale und Aufläufe erregt und als sie mit den Worten zu Ende waren, griffen sie auch noch zu Prügel und Messer, so daß Blut floß und die öffentliche Ruhe und Sicherheit auf's äußerste gestört wurden. Namentlich die letzten Nächte vor der Wahl ging es in Brügge zu, wie in einer eben vom Feind eroberten Stadt, in welcher sich die Eroberer alle Gewaltthaten erlauben. Wäre der zehnte Theil der Unruhen, welche diese „angesehenen Bürger" erregten, von armen Arbeitern verursacht worden, welche Brod zur Stillung ihres Hungers heischten, wie wäre über die „rohe meutrische Menge" geschrieen worden und wie schnell wären die Gendarmen zur Hand gewesen und hätten rücksichtslos nicht nur von ihrer Amtsgewalt, sondern auch von ihren Waffen Gebrauch gemacht, während sie den edlen Kämpen von der Bourgeoisie gegenüber die zarteste Rücksicht und Zurückhaltung beobachteten.

Was die „Wächter der öffentlichen Sicherheit" aber in Brügge versäumten, haben sie dafür anderwärts um so ergiebiger wieder hereingebracht. Vor zwei Wochen etwa ist im Kohlenbecken von Charleroi im Hennegau wegen Lohndifferenzen ein Streik ausgebrochen. Schon von Beginn der Krise an hatten nämlich die Bergwerksbesitzer unter Berufung auf ihre verminderten Einnahmen eine Lohnverminderung von nach und nach 20—25 Prozent eintreten lassen, so daß sich die Arbeiter, deren Löhne schon früher nichts weniger als hohe waren, kaum mehr das trockene Brod für sich und ihre Familien verdienten. Nachdem nun aber jetzt in Folge besseren Geschäftsganges die Aktien der Bergwerke gestiegen sind, verlangten die Arbeiter auch eine Lohnaufbesserung, welche ihnen indessen von den übermüthigen Herren verweigert wurde, worauf der Ausstand begann, welcher bis heute bereits 10,000, nach anderen Berichten sogar 12,000 Kohlengräber umfaßt und sich täglich weiter verbreitet. Die Bourgeoisregierung aber hatte nichts Eiligeres zu thun, als — nicht etwa die Bergwerksbesitzer zur gütlichen Verständigung mit ihren Arbeitern zu bewegen, sondern — eine Abtheilung Gendarmen zu senden. Dieselben haben ihre Aufgabe denn auch bereits zum Theil erfüllt, indem sie in einer Versammlung, welche der zur Organisirung der Arbeiter seitens der Partei abgesandte Delegirte in Chatelineau abhielt, ohne jeden Rechtsgrund einschritten und, wie die Bourgeoispresse meldet, „aus Mißverständniß" von ihren Waffen Gebrauch machten. Wie wir dem, in unserm wackern flämischen Bruderorgan „Volkswil" veröffentlichten Bericht des Delegirten entnehmen, stürmten die Gendarmen plötzlich und ohne jede Ursache oder Warnung in das Versammlungslokal und hieben auf's Barbarischste links und rechts auf Männer, Frauen und Kinder ein. (Die Depeschen sprechen auch von Anwendung der Schußwaffen.) Zahlreiche Verwundungen sind erfolgt und auch mehrere Verhaftungen vorgenommen worden. Der Wirth des Versammlungslokales wurde ebenfalls verhaftet und auch der Parteidelegirte sollte es werden, entkam jedoch und hielt nächsten Tages eine Versammlung in Gilly ab.

Die Aufregung über diese Gewaltthat ist selbstverständlich eine ungeheure und die herrschende Klasse wird durch sie nur das Gegentheil von dem Bezweckten erreichen: die bisher noch wenig in die sozialistische Bewegung gezogenen Arbeiter des Bassins von Charleroi erhalten durch diese neueste Schandthat den schlagendsten und unmißverständlichsten Beweis, was sie von Regierung und Bourgeoisie zu erwarten haben, und nicht lange wird es dauern, bis sie eben so aufgeklärt und organisirt sein werden, wie ihre Brüder in der Borinage. Die belgischen Kohlenbarone und ihre Gesinnungsgenossen von der Bourgeoisie werden sich auf alle Fälle beeilen müssen, wenn sie noch öfter solche Gewaltorgien feiern wollen; es dürfte dazu sonst bald zu spät werden.

— Dem allgemeinen Zug der Zeit folgend, hat nun auch **Frankreich** seine Reaktion, wenn auch nur eine partielle, nämlich hinsichtlich der Agitation zu Gunsten der Personen und Ideen der Kommune. Die hochbelobte Grevy'sche Maxime des „Alles sagen lassen" hat nicht lange Stand gehalten, nämlich nur so lange, bis die vorgeschrittenste Partei von ihr ernstlich Gebrauch machte. Kaum that sie aber das, redete, wählte und demonstrirte in der ihr zusagenden Weise, so wird schon der Staat in Gefahr erklärt und die uralte Repressionspraxis wieder in ihre Rechte eingesetzt, indem alle Justiz- und Verwaltungsorgane von den „republikanischen" Ministern angewiesen werden, „aufrührerische Kundgebungen, Aufreizungen zum Sturz der gesetzlichen Regierung" und ähnliche „Mißbräuche" auf's Strengste zu verfolgen. Die bürgerlichen Parteien, und seien sie noch so fortgeschritten und ehrlich demokratisch, lernen eben nichts von der Vergangenheit und fallen aus kindischer Furcht vor dem rothen Gespenst alsbald in die von ihnen selbst ehemals am meisten verurtheilten ärgsten Fehler des Monarchismus und Absolutismus, welche deren Sturz noch immer am meisten beschleunigten.

Doch sind wir auch mit der Haltung der Radikalen und Sozialisten nicht in Allem einverstanden und bemerken zu unserm Leidwesen so Manches, was uns zeigt, daß auch sie manche kostbare und theuer erkaufte Lehre der Geschichte bereits wieder vergessen wollen. Gewiß strebt Niemand das gemeinsame Ziel, die soziale Revolution, eifriger an, als wir, und was die Zeit betrifft, in welcher wir es erreichen, so wird sie uns gewiß nie zu früh kommen. Aber man kann sich auf dem Marsche zu diesem Ziel auch übereilen, indem man, ohne auf die Unebenheiten des Weges und seine Krümmungen zu achten, blind und taub dahinstürmt und dann leicht zu Fall und Schaden kömmt. Es fällt uns natürlich nicht ein, durch diese Bemerkungen den Gegnern, resp. der französischen Regierung und der herrschenden Partei der Opportunisten ein Zugeständniß zu machen, resp. ihnen hinsichtlich ihres jetzigen reaktionären Vorgehens Recht zu geben oder dasselbe auch nur weniger zu bekämpfen. Wir wollen unsere französischen Gesinnungsfreunde nur im Interesse der gemeinsamen Sache der Freiheit und Befreiung gewissenhaft warnen, in der Ueberzeugung, daß ihnen dadurch mehr genützt wird, als durch kritiklosen Beifall.

Zu Beginn dieser Woche ist der von uns schon früher angekündigte französische Arbeiterkongreß zu Marseille eröffnet worden. Ueber seine Tagesordnung haben wir bereits berichtet. Unter den von den Syndikatskammern und Arbeitergesellschaften ernannten Delegirten bemerken wir von bekannten Personen u. A. den von dem vorjährigen Pariser Kongreß her bekannten Bürger Finance und Frau Hubertine Duclerc, Bevollmächtigte der Gesellschaft für die Rechte der Frauen und der Genossenschaft der Arbeiter von Belleville. Im Uebrigen werden wir, wie schon versprochen, den Verhandlungen des Kongresses auf's aufmerksamste folgen und wohl schon in nächster Nummer eingehend darüber berichten können.

Für heute nur noch Eins. Das bonapartistische Blatt „Patrie" und nach ihm ein Theil der sozialistenfeindlichen Presse Deutschlands berichtete, „daß die Sozialdemokraten von Leipzig, Breslau und München in geheimen Konventikeln beschlossen hätten, eine Adresse an ihre französischen Gesinnungsgenossen zu richten, ihnen in derselben ihre wärmsten Sympathien und die Erwartung auszusprechen, daß sie, wenn sie erst die soziale Republik in Frankreich durchgeführt, auch ihre noch unter dem fremden Joche schmachtenden Brüder und insonderheit die deutschen Proletarier nicht vergessen, sondern an ihrer Befreiung eifrig mitwirken sollten." — Diese Nachricht ist selbstverständlich nichts als eine plumpe Ente, an welche zu glauben die ganze politische Beschränktheit und Unbildung der Bourgeoisie gehört. Wahr dagegen ist, daß die Sozialdemokraten Deutschlands wie die aller Länder den auf die Emanzipation der Arbeiterklasse gerichteten Bestrebungen des Marseiller Kongresses die lebhaftesten Sympathien entgegenbringen, und daß wir uns gedrungen gefühlt haben, uns zum Organ dieser Gefühle zu machen, indem wir dem Kongreß unsere brüderlichen Grüße und Rathschläge übersandten.

— Die Distanz, welche die beiden Antipoden **England** und Rußland in Asien noch von einander trennt, vermindert sich von Tag zu Tag. Die Engländer haben Kabul, die Hauptstadt von Afghanistan, eingenommen, worauf die Russen als Antwort gegen Merw, von wo aus man den ganzen Nordosten von Afghanistan beherrscht und schnell nach dem strategisch wichtigen Herat vordringen kann, vormarschirten und dasselbe einer Depesche des Gouverneurs von Jellalabad zufolge auch bereits erreicht haben.

Mit der Verminderung des Zwischenraums zwischen den beiden Eroberungsheeren des Zaren und der Kaiserin von Indien wächst auch in gleichem Maße die Gefahr eines baldigen Aneinandergerathens der beiden Rivalen um die Herrschaft Asiens auf Leben und Tod, welcher Kampf zweifellos kein Duell bleiben wird, sondern in den verschiedene andere Länder mit hineingezogen werden. Herrliche Aussichten!

— Noch mehr als andere Länder hat **Spanien** alle Thorheiten und Verbrechen seiner herrschenden Klassen zu büßen gehabt und noch zu büßen; aus einem der schönsten Länder haben es diese zu einem der elendesten gemacht. Schon in Zeiten wirthschaftlicher Prosperität infolge seiner durch Pfaffenthum und Bourbonenherrschaft durchaus verdorbenen und verrotteten Verhältnisse ärmer und elender, als die Bewohner von der Natur weit karger bedachter Länder, muß eine ökonomische Krise das spanische Volk in ein Uebermaß von Elend stürzen, gegen welches die gleichzeitigen mitteleuropäischen Zustände vergleichsweise noch leidlich erscheinen. Das heutige Elend der spanischen Arbeiterklasse läßt sich im Großen nur mit dem des armen Volkes des ihm in so vielen Dingen ähnlichen Italien vergleichen. Jedes Blatt, das von jenseits der Pyrenäen kommt, bringt über das bodenlose Elend des dortigen Volkes schaudervolle Details, welche dort in Folge der langen Gewohnheit kaum mehr Aufsehen erregen und auch ganz lakonisch, ohne „sentimentale" Beisätze gemeldet werden. Wir wollen von den neueren Nachrichten nur ein paar besonders charakteristische hervorheben.

In dem industriereichen Alcoy sind 10,000 Arbeiter, das ist mehr als ein Drittel aller Einwohner, arbeitslos und schmachten in dem fürchterlichsten Elend, da diese Arbeitslosigkeit bei den meisten schon seit dem Winter anhält. Daß Krankheitsstand und Sterblichkeit bei solchen Verhältnissen außerordentliche sein müssen, ist selbstverständlich. Die Lokal- und namentlich die Provinzialhospitäler können die Massen der Hungerkranken nicht im entferntesten mehr bewältigen und müssen hunderte und tausende der Elenden zurückweisen, von denen dann nicht wenige auf den Straßen vor den Hospitälern liegen bleiben und wohl auch gleich da sterben. Besonders grassiren der Flecktyphus und intermittirende Fieber und dezimiren die durch Hunger widerstandslos gewordene Arbeiterbevölkerung. Es ist nur natürlich, daß, wem es immer seine Kräfte und seine Mittel erlauben, dieses mörderische Land, das außerdem noch von der Bourbonenherrschaft geknechtet wird, verläßt. Und in der That nimmt die Auswanderung immer riesigere Dimensionen an und wird stellenweise einer wahren Massenflucht. So sind allein aus den Kreisen Almeria und Kartagena im Verlauf der letzten vier Monate fünfthalb tausend Arbeiter nach Algerien ausgewandert. Und nach Südamerika gingen kaum weniger.

Um das Unglück des Landes voll zu machen, sind nun zu den Verwüstungen durch die wirthschaftliche Krise und das vereinte Pfaffen- und Königthum auch noch solche durch schädliche Naturereignisse getreten. In verschiedenen Theilen Spaniens haben jüngst kolossale Ueberschwemmungen stattgefunden und enormen Schaden verursacht. So erzeugte das Sturmwetter in der Nacht vom 14. auf 15. Okt. e[illegible] [illegible]rchtbare

Die

Ueberschwemmung in Murcia. Der Fluß Segura trat aus und setzte das ganze reich kultivirte, mit Städten und Dörfern besäete Thalbecken unter Wasser. Die Eisenbahn zwischen Alicante, Kartagena und Murcia ist mehrfach unterbrochen. Die Städte Orihuela, Crevillente, Torreguera, Beniajan und Murcia-Vorstadt sind unter Wasser. Die Fluth wuchs plötzlich um mehrere Meter. Zahlreiche Verluste an Menschenleben fanden statt und der materielle Schaden wird vorläufig auf fünfzehn Millionen Pesetas geschätzt. Gleiche Verwüstungen werden aus Andalusien gemeldet. Details fehlen noch, da seit dem 16. Abends fast sämmtliche Telegraphenverbindungen zwischen Madrid und den südlichen Provinzen unterbrochen sind. Nach einer Madrider Depesche ist das Dorf Monduemas unter dem Gewässer verschwunden, Tausende von Familien sind vollständig hülf- und mittellos. Am 16. Okt. Abends hatte man schon 100 Leichen aus dem Wasser gezogen. — Der bis jetzt eruirte Gesammtverlust an Menschenleben beträgt über 500, der Verlust an Eigenthum, gering gerechnet 30 Millionen Pesetas (circa 32½ Million Franken).

— Aus **Rußland** sind lange keine Nachrichten über nihilistische Verschwörungen und Gewaltthaten in die Oeffentlichkeit gedrungen, woraus ein großer Theil der Bourgeoispresse in gewohnter Oberflächlichkeit den Schluß zieht, daß die dutzendmal wiederholten Versicherungen der zarischen Henker in der That wahr und der Nihilismus bis auf wenige ungefährliche Spuren ausgerottet sei. Daß dem aber keineswegs so ist und daß die Nihilisten, wenn auch nicht mehr so geräuschvoll und offenkundig, in ihrer „untergrabenden" Thätigkeit fortfahren, dafür sind zahlreiche Anzeichen vorhanden. So wurde vor Kurzem, nachdem angeblich sämmtliche geheimen Druckereien längst unterdrückt worden waren, abermals eine solche und zwar mitten in Petersburg entdeckt. Am meisten aber macht die Flucht des in die Attentatsprozesse verwickelten Lieutenants Fomin von der Wilna'schen Citadelle Aufsehen welche nur durch mächtige Beihilfe in's Werk gesetzt werden konnte.

Bekanntlich sollte Fomin schon im nächsten Monat in Petersburg vor Gericht gestellt werden und zwar im Verein mit Michailow, der Theilnahme am Attentate des General-Adjutanten Mesenzoff angeklagt; Mirsky, der angeklagt wird, das Attentat auf den General-Adjutanten Drenteln im März l. J. verübt zu haben; Dr. Weymar, einem reich begüterten und angesehenen Arzt, und Lieutenant Bogdanowsky, welche beide in dem Prozeß gegen Szolowjeff als Zeugen zu fungiren gezwungen waren, schon während des Prozesses in Haft genommen wurden und nun der Theilnahme am Attentate gegen den Czar angeklagt sind. Außerdem werden noch prozessirt: Klemenz, einer von den „193", der aus Rußland geflohen war, endlich noch zwei Frauen, Feodorowa und Maltonowska, die des bewaffneten Widerstandes gegen Gendarmen angeklagt sind.

Die Regierung fürchtet — das beste Zeugniß für die Unwahrheit der Behauptung von der totalen Unterdrückung und Vernichtung der Nihilisten —, daß diese Prozesse große Aufregung und möglicherweise sogar Unruhen hervorrufen werden. Sie hat nicht nur die Polizeimannschaft aufs neue vermehrt, sondern derselben auch das Recht ertheilt, ihre Waffen nicht mehr nur, wie bisher, blos zur Abwehr unmittelbarer persönlicher Gefahr, sondern auch dann anzuwenden, wenn Volkshaufen eine „feindliche Absicht" zeigen. Welche neuen Barbareien diese Verordnung hervorrufen wird, kann man sich leicht vorstellen. Trotzdem wird auch diese Maßregel, ebensowenig wie alle ähnlichen, den im Werk begriffenen Umschwung der öffentlichen Meinung und die ihr folgende endliche, gründliche Umgestaltung keinen Augenblick aufzuhalten vermögen.

Wie weit dieser Umschwung der Ansichten schon gediehen ist und bis in welche Kreise er sich erstreckt, zeigt der ungemeines Aufsehen erregende Fall des Kommandanten der Citadelle zu Charkow, Oberst Lissowitsch. Dieser Offizier, dem die Oberaufsicht über die dort verwahrten Staatsgefangenen anvertraut war, war erst vor kaum zwei Wochen auf diesen Posten berufen worden. Er hielt es aber nicht lange in der düstern Kerkerluft aus, sondern jagte sich, vor der Unmöglichkeit, den Widerstreit von Pflicht und Gewissen zu lösen, stehend, eine Kugel durch den Kopf. In einem unmittelbar vor seinem Tode verfaßten Schreiben gab er „Mitleid für die Leiden der im Gefängniß Schmachtenden und die moralische Pein, ihnen nicht helfen zu können", als Motive des Selbstmordes an. Wenn einmal die sonst willenlosen Werkzeuge der Gewalt menschlich zu denken und menschlich zu fühlen anfangen, dann hat diese allerdings Ursache, für die Dauer ihrer Herrschaft besorgt zu werden.

Berichte.

* **Zürich,** 23. Oktober. Nach dem Berliner Polizeipräsidenten hat uns nun auch der Reichskanzler selbst durch ein Verbot des „Sozialdemokrat" geehrt, welche Auszeichnung unsere Leser und Genossen gleich uns gebührend zu schätzen wissen werden.

—g. **Berlin,** 20. Oktober. Als vor nunmehr Jahresfrist die hereinbrechende Reaktion den ersten ihrer plumpen Schläge gegen ihren gefährlichsten Feind, die Sozialdemokratie, führte — jetzt begiant sie ja bereits den Esel zu schlagen, welchen sie wirklich meinte, als sie den Sack mit ihren liebenswürdigen Maßregeleien bedachte — als sie damals mit Hülfe der verblendeten Thoren von Liberalismus das famose Ausnahmegesetz zu Stande gebracht, da sah Jedermann und vor allen Dingen sahen unsere Genossen hierorts selbst mit Bestimmtheit voraus, daß hier in unserer Stadt die Maßregelungen am entschiedensten und nachhaltigsten würden durchgeführt werden. — Seit Jahren schon hatten jene Herren mit steigender Besorgniß dem stets gewaltigeren Anwachsen der sozialdemokratischen Partei in der Residenz des Reiches zugeschaut, während die Genossen außerhalb Berlins mit stets angespannterem Interesse ihren Blick auf die hiesige Bewegung richteten und bald unsere Stadt als einen der ersten Vororte der Partei, als Vorkämpferin der sozialdemokratischen Idee betrachteten. Hatte doch ein ganz ansehnlicher Kreis der vortrefflichsten, taktisch geübten Parteiführer Berlin zu ihrem Wirkungsgebiete erwählt, hatten doch die hochgehenden Wogen der hiesigen Bewegung aus sich selbst heraus eine respektable Anzahl von Kräften an die Oberfläche der Bewegung geführt, die mit bewunderungswürdiger Energie eine agitatorische Thätigkeit entfalteten, wie sie in dem Maße und mit so durchschlagendem Erfolge wohl nur selten gesehen worden ist.

Hier also war ein Hauptheerd der Partei, hier mußte ein Hauptschlag geführt, hier der immer drohenderen „Gefahr" ein Damm entgegengesetzt werden. Allein die einfache Handhabung des neugebackenen Gesetzes schien keine genügende Wirkung zu versprechen, alle Maßnahmen schienen illusorisch, so lange der Zusammenhang der Masse mit den „Führern und Agitatoren" nicht gebrochen war. Das „Wespennest" mußte ausgenommen werden und hierfür konnte nur § 28 des Gesetzes, der „kleine" Belagerungszustand Rath schaffen. Ohne jeden (auch nur auf dem Boden des Oktobergesetzes) rechtfertigenden Grund wurde der § in Wirksamkeit gesetzt, und anfangs etwa 60 der „Gefährlichsten" ausgewiesen, denen dann im Laufe der verflossenen 9 Monate sich noch so mancher andere hinzugesellt hat. Haussuchung folgte auf Haussuchung und in ihrer Gefolgschaft eine Ausweisung der andern, in einer Weise, daß jeder, der sich irgend im Parteiinteresse hervorzuthun wagte, ein gleiches Schicksal früher oder später zu gewärtigen hatte. So ist der neulichen Ausweisung der vier Genossen erst dieser Tage wieder eine gefolgt, die des Schneidermeisters Tiede. — Wenn man sich zu alledem noch vorstellt, in welch' umfangreichem Maße die Berliner politische Geheimpolizei ihre Netze über die Stadt ausbreitet und jeden, der nur im Geringsten mit dem Begriff „Sozialdemokratie" in Verbindung steht, mit der ungetheiltesten Aufmerksamkeit beehrt, dann wird man begreifen, unter welch' enormen Schwierigkeiten nur es den hiesigen Genossen möglich ist, ihre frühere Wirksamkeit fortzusetzen. Gleichwohl aber können wir allen Freunden und Genossen außerhalb Berlins die beruhigende Versicherung geben, daß die Maßregelungen hierorts von wesentlichem Einfluß auf den Gang der hiesigen Bewegungen nicht gewesen sind. Im Gegentheil hat sich die Bewegung in sich selbst stark genug erwiesen, um auch ohne die äußeren Bindemittel von Organisation und Presse den inneren Halt nicht zu verlieren.

So betrachteten es die Sozialdemokraten Berlins als ihre nächste Ehrenpflicht, für die zurückgebliebenen Angehörigen ihrer ausgewiesenen Freunde und Kampfesgenossen zu sorgen und sie wurden zunächst dieser Pflicht in anerkennenswerther Weise gerecht. — Ferner ist es uns gelungen, selbst den äußeren Zusammenhang unter den umfangreichen Arbeiterkreisen, wie er sich im Lauf der Jahre entwickelt hatte, in hohem Maße zu erhalten; er ist noch wie vor in schönster Weise vorhanden und bekundet sich bald hier, bald da, bald so, bald so, soweit es sich immer auf eine gute Manier bewerkstelligen läßt, die sich den Augen der Polizei entzieht. — Schließlich ist und bleibt auch im Uebrigen der geistige und gemüthliche Verkehr unter den hiesigen Genossen außerordentlich rege. Mit großem Interesse — so weit sie ein solches verdient — wird die allgemeine politische Lage verfolgt und rege Aufmerksamkeit wird vor allen Dingen auch dem geringsten Vorgange innerhalb der Partei selbst zugewendet. Mit Jubel wurden die Breslauer Wahlerfolge aufgenommen, mit Bewunderung die großartige Demonstration der Hamburger Genossen am Grabe Geibs. — Mit einem Worte, der Stand der Bewegung hierselbst ist mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Verhältnisse ein ganz vortrefflicher zu nennen. Angaben im Einzelnen entziehen sich selbstverständlich der Besprechung an dieser Stelle.

Was nun von allem, das etwa hätte noch geschehen können, seither noch unterblieben ist, das wird sicherlich jetzt geschehen, so hoffen wir bestimmt, — jetzt, wo die Sozialdemokratie mit dem Inslebentreten des auch hier freudigst begrüßten „Sozialdemokrat" den offenen Kampf gegen ihre Feinde wieder aufgenommen hat, und dann vollends wird Berlin nach wie vor in der Gesammtbewegung einen der ersten Plätze einnehmen!

--tt— **München,** 20. Okt. Ein artiges Polizeistückchen ist jüngst einem Künstler, Herrn Hildt, passirt, der sich Studien halber in Isarathen aufhielt. Derselbe hatte nämlich einen Bruder in Wien, der als Sozialist bekannt ist, und an den er nicht nur öfters schrieb, sondern auch einmal Geld schickte. Das schien nun der wachsamen Polizei im höchsten Grad verdächtig. Eines schönen Tages ward unser Kunstjünger plötzlich von Häschern aufgehoben, ins Polizeigefängniß gesetzt und nach 17 daselbst verlebten Tagen wegen Verbreitung verbotener Schriften hochnothpeinlich angeklagt. Von dem Gericht wurde er dann zwar in 1- und 2. Instanz freigesprochen, trotzdem aber (nach zwölftägigem Aufenthalt im Staatsgefängniß) aus Bayern ausgewiesen. Da er sich indessen eines Unrechts nicht bewußt war, so glaubte er, später nach München wieder zurückkehren zu dürfen, was er auch in so gutem Glauben that, daß er sich sogar bei der Polizei meldete. Diese faßte die Rückkehr indessen als einen Hohn auf sich auf und sperrte Hildt abermals ein; nach einer Haft von 8 Tagen und nachdem er seine Verurtheilung wegen unerlaubter Rückkehr zu 6 Tagen abgesessen, wurde er von Neuem über die Grenze gebracht. Es ist mithin für einen Künstler heutzutage in Deutschland ganz gefahrlich, einen Sozialisten zum Bruder zu haben.

D. Ns. **Haag,** 18 Okt. Die Arbeiterbewegung in Holland ist gegenwärtig im Stadium des Ueberganges zum Sozialismus begriffen. Ursprünglich auf Schulze-Delitzsch'schem Boden entsprossen, wurde die Pflanze durch den Kathedersozialismus mittelbar geschützt und gefördert, um jetzt von sozialistischen Ideen getränkt und dadurch erst zu ihrer wahren Entfaltung gebracht zu werden. In allen Ländern, wie verschieden die Verhältnisse und Zustände auch sind, schwebt eben der Sozialismus in der Luft und keine Polizei noch Ausnahmegesetze können seine Entwicklung hemmen. Kann man nicht speziell in Betracht auf Deutschland allen Regierungen zurufen: les gens que vous tuez, se portent très-bien?

Der Allgemeine Arbeiterverein will nicht sozialistisch und kann nicht nichtsozialistisch sein. Darum blüht er nicht. Die besten Kräfte sind im Lager der Sozialisten, und darum gehört auch die Zukunft dem Sozialdemokratischen Verein in Amsterdam. Durch öffentliche Versammlungen und durch Schriften wirkt er mit Eifer an der Propaganda der Sache. Uebrigens wirken Alle zusammen für das allgemeine direkte Wahlrecht, den Eckstein jeder künftigen Reform. Aber in einem plutokratischen Staate wie Holland, wo der König Geld absolut herrscht, ohne Verfassung, und wo der Konstitutionalismus nur ein verkappter Absolutismus ist, finden solche Reformen eine kräftige Opposition. Doch werden sich die holländischen Sozialisten hiedurch keineswegs abhalten lassen, denn sie wissen, daß diese Reform die nothwendigste von allen ist, an der Alle mit vereinten Kräften wirken müssen.

J. Lj. **Kopenhagen,** 19. Okt. Die dänische Sozialdemokratie hat wieder einen Verlust erlitten, indem sich der Redakteur des „Sozialdemokraten", S. W. Wiegell, um sich den zahlreichen, von der Regierung gegen ihn angestrengten Preßprozessen, resp. ganz unverhältnißmäßig hohen „Strafen" zu entziehen, nach Amerika flüchten mußte. Ein bewährter Genosse, H. Björnstrup, ist sein Nachfolger in der Redaktion.

Wie Sie vielleicht schon wissen, ist das lange geplante sozialistische Versammlungsgebäude dieses Frühjahr vollendet worden, so daß wir jetzt nicht mehr von den verschiedenen Lokaleigenthümern abhängig sind, sondern unter unserem eigenen Dach zusammenkommen können. Hoffentlich wird dieser Umstand dazu beitragen, der Bewegung einen neuen Schwung zu geben und die schwachen Seelen davon zu überzeugen, daß die Arbeiter trotz ihrer Armuth etwas durchführen können, wenn Sie es nur recht ernstlich wollen und einträchtig zusammenwirken. Das neue Haus ist auf die ansehnliche Summe von 200,000 Kronen taxirt.

Unser hiesiger Freidenkerverein hat eine Sonntagsschule gegründet, in welcher die Kinder einen vernünftigen Unterricht bekommen, ohne mit Religion und Bourgeoismoral geplagt zu werden.

Am 15. November wird ein verdienter Vorkämpfer unserer Sache, Harald Brix, aus einer dreijährigen Gefängnißhaft entlassen, wahrscheinlich mit zerrütteter Gesundheit. Er war der erste Redakteur unseres Parteiorganes, als dieses im Jahre 1871 gegründet ward, und hat von den acht Jahren, welche seit dem Anfang der Bewegung verflossen sind, nicht weniger als sechs Jahre im Gefängniß zugebracht — Sozialistenlos!

Von dem Verräther Pio, welcher der dänischen Sozialdemokratie im Verein mit Geleff so schwere Wunden geschlagen, ist eine interessante Nachricht zu unserer Kenntniß gekommen. Derselbe ist nämlich jetzt fromm geworden und redigirt ein amerikanisches methodistisches Blatt, in welches er sehr schöne und fromme Artikel schreibt und so, wie ein hiesiges Blatt neulich bemerkte, an das alte französische Sprichwort erinnert:

„Quand le diable devient vieux
Il se fait religieux."*)

Er macht seinen Gönnern von der Bourgeoisie alle Ehre.

Der dänische Reichstag ist am 6. ds. eröffnet worden. Die „vereinigte Linke" — wie sich unsere Fortschrittspartei nennt — hat diesmal nur eine Zweidrittelsmehrheit im Folkething, während sie früher über drei Viertel der Stimmen verfügte. Dieser Rückgang ist allein der wackligen, schwächlichen Haltung der Partei zuzuschreiben, indem sie die Wähler durch ihre stete Nachgiebigkeit gegen die Regierung einerseits und durch die endlosen Zänkereien innerhalb der Partei (dieselbe ist nämlich in eine „gemäßigte" und in eine „radikale" Fraktion getheilt), wodurch alle nützlichen Reformfragen in den Hintergrund geschoben wurden, verdrießlich machten, wodurch der vorher sehr niedergeschlagenen konservativen Partei wieder Muth eingeflößt wurde, so daß diese bei den letzten Wahlen eine großartige Agitation entfaltete und ihren Gegnern eine Anzahl Sitze abgewann. Indessen werden sich die Herren Bourgeois von der Opposition dadurch nicht witzigen lassen, sondern in ihrer Schwäche fortfahren, und dadurch die Wähler mit der Zeit, wenn auch noch nicht morgen, noch zu der Einsicht bringen, daß die sozialdemokratische Partei die einzige konsequente, charakterfeste und wirklich reformatorische ist.

*) Wenn der Teufel alt wird, wird er religiös. Ungefähr dem deutschen „Junge Hunde, alte Betschwestern" entsprechend. Leute wie Pio und Geleff sind ja ebenfalls Prostituirte und zwar solche schlimmster Sorte.

tz. **Budapest,** 20. Oktober. Sobald es dem „gemeinsamen Feind", dem Sozialismus gilt, sind gewöhnlich nicht nur die sonstigen Parteiunterschiede der herrschenden Klassen verwischt, sondern selbst die eingefleischtesten Passionen werden da schnell vergessen und die geliebtesten Steckenpferde eiligst in den Winkel gestellt. Man weiß ja, wie eifersüchtig die uppernationalen Magyaren sonst auf die Unabhängigkeit und Macht Ungarns sind und besonders jede Gelegenheit benutzen, ja sie vom Zaun brechen, die Zuständigkeit der magyarischen Behörden selbst in den unbedeutendsten Fällen zu wahren und auszudehnen. Neulich kam nun der hiesige Gerichtshof in die Lage, seine angegriffene Zuständigkeit in wirklich vollberechtigter Weise auftreibt zu erhalten. Am 10. ds. wurde nämlich auf Requisition des Agramer Gerichtes der deutsche Sozialist Friedr. L. Reusche wegen eines in der „Agramer Presse" erschienenen, angeblich „Aufruhr" predigenden Artikels dahier verhaftet. Reusche war nämlich hierher übergesiedelt, weil ihm die Agramer Stadthauptmannschaft bedeutet hatte, daß, wenn die Agramer Jury ihn diesmal auch freisprechen sollte (wie dies bereits öfter geschehen), so werde sie ihn dennoch per Schub bis an die deutsche Grenze befördern, eine Eventualität, der sich Reusche um jeden Preis entziehen wollte, da er vor mehreren Jahren durch die deutschen Gerichte zu fünf Jahren Kerkers verurtheilt wurde. Nach seiner Verhaftung durch die hiesige Polizei verlangte Reusche dem hiesigen Gerichtshofe übergeben zu werden, und sein Vertheidiger beantragte, der Requisition des kroatischen Gerichtes möge nicht Folge geleistet werden, da sein Klient die Wohlthaten des ungarischen Gesetzes in Anspruch nehme, welches in Preßvergehen keine Präventivhaft kenne. Der urmagyarische Staatsanwalt am hiesigem Gerichtshof beantragte jedoch unerwarteter Weise und blos, um einem Sozialisten eine „Rechtswohlthat" zu verkümmern, daß R. ausgeliefert werden solle, welchem Antrag das löbliche Gericht denn auch entsprach. Indessen gehen die Akten noch an das Justizministerium, da Reusche natürlich alle gesetzlich zulässigen Mittel zur Abwehr des gegen ihn geplanten Unrechtes anwendet. Ob es ihm viel nützen wird, ist trotz jenes offenbaren Rechtes aber noch sehr fraglich, da für den Sozialisten die Gesetze zumeist eben nur dann existiren, wenn sie ihm schädlich, nicht aber, wenn sie ihm nützlich sind.

---

* Soeben, nach Schluß der Redaktion, erhalten wir noch folgenden wichtigen Bericht:

F. **Berlin,** 21. Oktober. Die hiesige Polizei arbeitet wieder mit Hochdruck. Den jüngsten Ausweisungen sind soeben wieder neun neue gefolgt. Anfangs glaubte man, dieselben seien anläßlich des Besuches erfolgt, den Hasenclever vor mehreren Wochen seinen hiesigen Verwandten in Familienangelegenheiten gemacht. Dem ist aber nicht so. Die meisten der Ausgewiesenen haben mit Hasenclever gar nicht verkehrt. Auch Verletzungen des Sozialistengesetzes oder irgend eines anderen Gesetzes können den Grund nicht abgegeben haben, denn solche Verletzungen liegen nicht vor, und lägen sie vor, so würde die Polizei die Uebelthäter nicht ausgewiesen, sondern eingezogen haben. Eben so wenig kann der Zweck gewesen sein, die Berliner Genossen einzuschüchtern. Die Polizei weiß sehr genau, daß sie nach dieser Richtung hin machtlos ist. Das Motiv muß also ein anderes gewesen sein, und, wenn wir uns der Thatsache erinnern, daß der kleine Belagerungszustand bloß auf ein Jahr verhängt werden konnte, und daß dies Jahr in einigen Wochen rum ist, dann ist das Motiv mit Händen zu greifen. Die Polizei braucht Rechtfertigungsmaterial für die Verlängerung des Belagerungszustandes. Das ist Alles. Da gilt es denn, das Publikum zu alarmiren, den Kaiser zu ängstigen — wie nach den Attentaten — und die „öffentliche Meinung" durch Vorspiegelung erlogener Gefahren dem fest beschlossenen Willkürakt geneigt zu stimmen. Die Ausweisungen sind nun der erste Akt dieser infamen Staatskomödie. Wir müssen uns auf Weiteres gefaßt machen. Unter der Armee von "Spitzeln", welche Fürst Bismarck in majorem gloriam seiner herrlichen Schöpfung aufgeboten hat, befinden sich Subjekte, die jedes Schurkenstreichs fähig sind.

Von einer sehr verlässigen und sehr wohl informirten Seite geht mir die Aufforderung zu, die Parteigenossen zur größten Vorsicht gegenüber nicht ganz genau bekannten Personen zu ermahnen; man hat in gewissen Kreisen beschlossen, in nächster Zeit um jeden Preis eine sozialdemokratische Verschwörung zu entdecken und wo möglich auch ein kleines Attentätchen zu insceniren. Der Mann, von dem diese Warnung kommt, zeigte sich vorigen Sommer bei mehreren kritischen Gelegenheiten auf's Genaueste von den Plänen der Polizei unterrichtet und er ist es auch jetzt. —

Unsere Polizei ist unzufrieden mit der Polizei in einigen andern „Nestern des Sozialismus". Namentlich in Hamburg und Leipzig. Wie ich aus sicherster Quelle weiß, sind einige Dutzend „Geheime" von hier aus in die beiden genannten Städte beordert worden, mit der doppelten Mission, die dortige Polizei und die dortigen Sozialdemokraten zu überwachen. Man sehe den Herren, die meist an ihren konfiszirten Gesichtern zu erkennen sind, auf die Finger und sei auf der Hut!

Im unterzeichneten Verlag erscheint demnächst:

Rechenschaftsbericht

der

socialdemokratischen Mitglieder

des deutschen Reichstages.

über ihre parlamentarische Thätigkeit während des Jahres 1878—79.

Separatabdruck aus dem „Sozialdemokrat."

Bestellungen auf dieses, für die Kenntniss der politischen Geschichte Deutschlands und der Stellung und Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie seit den Attentaten sehr wichtige Aktenstück werden schon jetzt entgegengenommen und zwar ausser beim Verleger bei allen bekannten Agenten des „Sozialdemokrat", sowie bei der **Schweizerischen Volksbuchhandlung** in **Hottingen-Zürich.**

A. HERTER, Industriehalle, **Riesbach-Zürich.**

Schweizerische Vereinsbuchdruckerei, Hottingen-Zürich.